

**AUSSCHUSS FÜR UMWELT,
ENERGIE UND VERKEHR DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
- Die Vorsitzende -**

Marburg, 08.09.2011

Geschäftsstelle:

Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur
Herr Jochen Friedrich
Barfüßerstraße 50
Tel.: 2 01 - 4 05
E-Mail: umwelt@marburg-stadt.de

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung

**am Dienstag, 20.09.2011, 18:00 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg**

ein. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2011
- 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
- 3 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 26/12, Stadtteil Michelbach, „Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum“
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VO/0459/2011
- 4 Nutzung der Windenergie für Marburg
Vorlage: VO/0476/2011
- 5 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ in Marburg
• Bericht über das Ergebnis der Prüfung, der während der öffentlichen
Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher
Belange eingegangenen Stellungnahmen
• Satzungsbeschluss
• Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes
Vorlage: VO/0486/2011
- 6 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Öffentliche Auslegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 5/9 und des Bebauungsplanentwurfs Nr. 5/14 für den Bereich „Östlich der Stadtwaldstraße“ im Stadtteil Ockershausen
Vorlage: VO/0499/2011

- | | | |
|----|--|---|
| 7 | Bauleitplanung
Veränderungssperre im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes
24/7
Vorlage: VO/0518/2011 | der
Universitätsstadt
Marburg
Marbach |
| 8 | Antrag
Vorlage: VO/0346/2011 | FDP-Fraktion betr. Verkehrssicherheit |
| 9 | Antrag
Vorlage: VO/0347/2011 | FDP-Fraktion betr. Glas-Container |
| 10 | Elektromobilität
Vorlage: VO/0427/2011 | |
| 11 | Verschiedenes | |

Mit freundlichen Grüßen

Johanna Busch
Vorsitzende

Anlagen

Terminhinweise

16.09.2011 Bürgerforum zum Klimaschutzkonzept
von 16 bis 20 Uhr, Stadtverordnetensitzungssaal

Workshopthemen:

- Energetische Gebäudesanierung
- Verkehr
- erneuerbare Energien
- Bildung und Klimaschutz

18.09.2011 Umwelt- und Klimaaktionstag
Uferstraße, Lahnwiesen, Blochmann Platz, Erlenring
Informationen, Aktionen und Attraktionen rund um Umwelt, Klima und Mobilität
mit den ersten Elektroautos zum Probefahren, Segways – Elektrorollern,
verrückten Rädern, Rikschas, Kutsche,

18.10.2011 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
(in den Herbstferien)

01.11.2011 Fragestunde zum Haushalt 2012
von 14 – 16 Uhr, Stadtverordnetensitzungssaal
für die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0459/2011 Status: öffentlich Datum: 25.08.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	II	
<u>Fachdienst:</u>	61 - Stadtplanung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Nützel, Bernd	
<u>Beratende Gremien:</u>	Magistrat Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

- Bebauungsplan Nr. 26/12, Stadtteil Michelbach, "Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum"

hier: Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für das Gebiet „Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum“ in Marburg, Stadtteil Michelbach wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 26/12 der Stadt Marburg gefasst. Der Geltungsbereich umfasst das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB durchgeführt.

Begründung:

Die Pharmaserv GmbH & Co. KG beabsichtigt die Errichtung eines Logistik-Zentrums im Norden des Werksstandortes „Görzhäuser Hof“ (Bebauungsplan Nr. 26/4 „Görzhäuser Hof“). Aus betriebslogistischen Gründen ist dazu die Erweiterung des Werksgeländes in westlicher Richtung in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 26/11 „Görzhäuser Hof II“ erforderlich. In diesem Zusammenhang ist die Verlegung der Michelbacher Straße im

Abschnitt nördlich des Kreisverkehrsplatzes vorgesehen. Seit der Abstufung der Michelbacher Straße vom ehemaligen Status einer Kreisstraße zu einer städtischen Straße sind die straßenrechtlichen Rahmenbedingungen dafür gegeben.

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die o.g. erforderliche Umstrukturierung ist die Änderung der Bebauungspläne Nr. 26/4 „Görzhäuser Hof“ und Nr. 26/11 „Görzhäuser Hof II“ im in der Anlage dargestellten Teilbereich erforderlich. Die Fläche umfasst insgesamt etwa 107.000 m² (knapp 11 ha).

Im Vorfeld wurden folgende Inhalte untersucht:

Immissionsschutz

Da mit der geplanten Verlagerung der Straßentrasse an das im Westen befindliche landwirtschaftliche Aussiedlergehöft (Hof Rüdiger) dort die Immissionsverhältnisse geändert werden, wurde zur fachgutachterlichen Einschätzung ein Immissionsgutachten (Immissionsgutachten Nr. 2023, Schalltechnische Untersuchung für das Bebauungsplangebiet "Görzhäuser Hof II", Schalltechnisches Büro A. Pfeifer, Ehringshausen) von Pharmaserv beauftragt, in dem die Verträglichkeit der geplanten Straßenverlegung und Neukonzeption der Gebietsfestsetzung aufgezeigt wurde.

Landschaftsbild

Zur Vermeidung nachhaltiger Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes wurden darüber hinaus eine 3D-Simulation und eine Fotodokumentation der markanten Sichtbeziehungen erstellt. Aufbauend darauf wurde das städtebauliche Ziel formuliert, dass die im Bebauungsplan Nr. 26/11 „Görzhäuser Hof II“ enthaltene Bebauungs- und Erschließungskonzeption fortgeschrieben und hinsichtlich ihrer Höhenfestsetzung nicht überschritten werden soll.

Site-Master-Plan

Im Zuge der Aktualisierung des Site-Master-Plans für den Standort Görzhäuser Hof (Nov. 2010) wurde unter Berücksichtigung der o.g. Rahmenbedingungen eine Zielkonzeption:

- zur flächenhaften Erweiterung des Werksstandortes,
- zur künftigen Nutzungs- und Baumassenverteilung,
- zur Lärmkontingentierung,
- zur Höhenentwicklung,
- zur Verkehrserschließung sowie
- zum naturschutzfachlichen Ausgleich

erarbeitet und mit der Stadt Marburg (Stadtplanungsamt, Untere Naturschutzbehörde) sowie der SEG vorabgestimmt. Diese aktualisierte Zielkonzeption des Site-Master-Plans soll nun in die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung überführt und damit zur rechtsverbindlichen Grundlage für die weitere Standortentwicklung werden.

Radverkehr

Für die Radverkehrsführung zwischen dem Stadtteil Michelbach und dem Bereich Görzhäuser Hof werden derzeit nach erfolgten Rücksprachen mit Ortsbeirat und Radverkehrsbeirat zwei Lösungen erarbeitet. Die Entscheidung über die zu planende Lösung wird im weiteren Verlauf des Bebauungsplanverfahrens abschließend entschieden.

In der Ortsbeiratssitzung am 7. Juni 2011 ist der Ortsbeirat Michelbach über die Planungsabsicht und die damit zusammenhängende Straßenverlegung sowie der Frage der Fahrradanknüpfung Michelbachs informiert worden.

Begründung zum Verfahrensweg:

Die Planung dient der Nachverdichtung innerhalb der bebauten bzw. planungsrechtlich geordneten Siedlungslage. Die Planung wird gem. § 13a BauGB als „Bebauungsplan der

Innenentwicklung“ im beschleunigten Verfahren aufgestellt, da die Planung inhaltlich die materiellen Rahmenbedingungen des § 13a Abs. 1 Satz BauGB erfüllt und insofern auch die Vorteile des beschleunigten Verfahrens in Anspruch genommen werden dürfen. Das beinhaltet auch, dass keine förmliche Umweltprüfung (Umweltbericht) nötig ist.

Folgende Punkte sind **Voraussetzung** für die Anwendung des § 13a BauGB:

- Bei einer Grundfläche (Grundflächenzahl) von 20.000 bis weniger als 70.000 m² muss die Gemeinde auf Grund einer Vorprüfung des Einzelfalls zu der Einschätzung gelangt sein, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat. Vorliegend ist bei der Festsetzung einer GRZ von 0,6 von einer Grundfläche von ca. 64.000 m² auszugehen.
- Zudem darf durch den Bebauungsplan nicht die Zulässigkeit für Vorhaben begründet werden, für die eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.
- Es dürfen auch keine Anhaltspunkte für Beeinträchtigungen von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der Fauna-Flora-Habitat-RL und von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutz-RL bestehen.

Das vorliegende Vorhaben erfüllt, auf Grundlage der bereits erfolgten Vorabstimmung, diese Voraussetzungen.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Beteiligung an der Vorlage durch:

FBL 6	FD 61		

A: Anhörung; B: Beteiligung; K: Kenntnisnahme; S: Stellungnahme

Anlage

Übersichtsplan zum Geltungsbereich und der planungsrechtliche Bestandssituation
(Bebauungspläne Nr. 26/4 „Görzhäuser Hof“ und Nr. 26/11 „Görzhäuser Hof II“)

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0476/2011 Status: öffentlich Datum: 26.08.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	II	
<u>Fachdienst:</u>	61 - Stadtplanung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Herr Nützel	
<u>Beratende Gremien:</u>	Magistrat Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Nutzung der Windenergie für Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Universitätsstadt Marburg verfolgt das Ziel, in Marburg die Erzeugung von Energie aus Windkraft stark auszubauen.
2. In den nächsten 5 Jahren sollen in Marburg mindestens 12 Windkraftanlagen mit jeweils mindestens 2 MW Leistung errichtet werden.
3. Für dieses Ziel sollen alle in Betracht kommenden Flächen, die auf dem Marburger Stadtgebiet den bislang bekannten und im September zu erwartenden ergänzenden Vorgaben des Regierungspräsidiums Gießen entsprechen, näher untersucht werden. Der Magistrat wird daher Untersuchungen zur Geeignetheit der Flächen veranlassen.
4. In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Gießen werden die Voraussetzungen für positive Genehmigungsverfahren für alle möglichen Standorte erörtert und das Ergebnis baldmöglichst der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.
5. Über die Ergebnisse der Prüfungen werden die Marburger Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert.

Begründung:

Konsequenter Klimaschutz erfordert eine nachhaltige, verantwortungsbewusste Energiepolitik auch auf kommunaler Ebene. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Versorgung der Menschen in unserer Stadt mit möglichst viel Energie aus umwelt- und klimaschonenden, erneuerbaren Energiequellen.

Dies muss durch eine signifikante Steigerung der Eigenproduktion aus erneuerbaren Energien, auch durch unseren städtischen Energieversorger, die Stadtwerke Marburg GmbH, erfolgen.

Windenergie ist derzeit die effektivste Form der Gewinnung erneuerbarer Energie.

Deshalb sollen auch auf dem Gebiet der Stadt Marburg alle potentiellen Windkraftstandorte erschlossen werden, soweit sie ökonomisch ertragreich und umweltverträglich sind.

Das Regierungspräsidium Gießen hat in den letzten Jahren klare Signale gegeben, den Ausbau der Windenergie in Mittelhessen zu unterstützen. Insbesondere kommen danach auch bewaldete Standorte in Frage. Eine Höhenbegrenzung wird nicht gefordert.

Nach den bislang bekannten Vorgaben des Regierungspräsidiums Gießen sollen in Frage kommende Windkraftstandorte mindestens folgende formale Eigenschaften aufweisen, soweit Anlagen über 100 Meter Nabenhöhe errichtet werden:

- Siedlungsabstand von 1000 Meter; Flächen von 750-1000 Meter Abstand können im Einzelfall geprüft werden;
- Eignung für mindestens 3 Windkraftanlagen, um Konzentrationswirkung zu erreichen;
- Mindestabstand zu FFH-Gebieten.

Neben diesen drei formalen Kriterien müssen weitere Voraussetzungen - Windhöflichkeit, Umweltverträglichkeit, Landschaftsbild, Schallemissionen etc. - im Verfahren nachgewiesen werden.

Eine Kartierung des Stadtgebietes aufgrund der drei genannten formalen Abstandskriterien zeigt, dass bislang nur die vier nachfolgend genannten Gebiete diese grundsätzlichen Bedingungen erfüllen (siehe Anlage).

Im Einzelnen können zu den Standorten bislang folgende Aussagen gemacht werden:

a) Der Standort Dilschhausen

ist bislang noch nicht näher untersucht. Die in Frage kommenden Flächen befinden sich nach Kenntnis des Magistrats in Privateigentum. Windpotentialuntersuchungen sollten durch die Stadtwerke Marburg veranlasst werden. Die Stadtwerke werden sodann ggf. mit der Stadt und den Grundstückseigentümern eine zügige Realisierung von Windkraftanlagen prüfen.

b) Für den Standort Görzhäuser Hof

liegt eine Windpotentialstudie vor. Die Fläche wird als "gut geeignet" eingestuft. Der Gutachter empfiehlt zur Absicherung, eine einjährige Windmessung in 100 Meter Höhe vorzunehmen, um eine Prognose über den wirtschaftlichen Ertrag des Standortes zu ermöglichen. Die in Frage kommenden Flächen befinden sich im Eigentum von Unternehmen, Privatpersonen und Waldinteressenten. Die Stadt Marburg will die Möglichkeiten mit den Grundstückseigentümern erörtern und ggf. weitere Untersuchungen in Auftrag geben.

c) Für den Standort Lichter Küppel

liegt eine Visualisierung von Anlagen vor. Eine Windpotentialstudie konnte noch nicht erstellt werden. Die in Frage kommenden Flächen befinden sich in Landeseigentum (Hessen-Forst) und eventuelle weitere mögliche Fläche im Eigentum des Landreises Marburg-Biedenkopf. Die Stadt Marburg wird zu diesem Standort eine Potentialstudie in Auftrag geben und mit dem Eigentümer/den Eigentümern der Flächen Perspektiven erarbeiten.

d) Für den Standort Bürgelner Gleichen

liegt eine Visualisierung von Anlagen vor. Eine Windpotentialstudie konnte noch nicht beauftragt werden. Die in Frage kommenden Flächen befinden sich in Landeseigentum (Hessen-Forst). Windpotentialuntersuchen sollten durch die Stadtwerke Marburg veranlasst werden. Bei positiver Prognose werden die Stadtwerke mit dem Grundstückseigentümer eine Realisierung von Windkraftanlagen prüfen.

Über die Ergebnisse der jeweiligen Prüfungen werden Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zeitnah informiert.

In die Prüfungen soll auch einbezogen werden, dass das Regierungspräsidium Gießen derzeit eine Potenzialanalyse für Erneuerbare Energien "ERNEUERBAR KOMM!" bei der FH Frankfurt (Frau Prof. Dr. Klärle) nach dem Vorbild des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und der Stadt Worms in Auftrag geben hat. Diese Potentialanalyse wird in der 37. KW 2011 in der Presse vorgestellt. Bis zum 17.11.11 (RP-Tagung "Mittelhessen ist voller Energie" am Vormittag in Hüttenberg) wird die FH Frankfurt die Potenzialermittlung für den LK Marburg-Biedenkopf (bezogen auf die dortigen Kommunen) vorstellen. Dabei wird dann auch das Windkraftpotenzial im Stadtbereich von Marburg ermittelt und dargestellt werden (Anzahl von Windkraftanlagen). Die Ergebnisse der Untersuchungen des RP sollen vergleichend zu den seitens des Magistrats in Auftrag gegebenen Untersuchungen herangezogen werden.

Unter dem Portal www.ErneuerbarKomm.de kann am Beispiel der 75 Kommunen des Planungsverbands abgeschätzt werden, welche Möglichkeiten des Einblicks für Mandatsträger, Planungsbüros sowie für Bürgerinnen und Bürger über diese internetbasierte, benutzerfreundliche und interaktive Oberfläche sich hier eröffnen.

Letztlich wird sich die Eignung von Standorten nach der bisherigen Erfahrung von Standortentwicklungen allerdings nur mit konkret auf einen Standort bezogenen Standortanalysen beantworten lassen.

Die Marburger Bürgerinnen und Bürger sollen umfassend über die Prüfungsergebnisse informiert werden und an der Entscheidung für die Windkraftstandorte beteiligt werden. Sie sollen gleichzeitig die Möglichkeit erhalten sich auch wirtschaftlich an den Windkraftwerken zu beteiligen.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Anlage: gesondert gedruckt

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0486/2011 Status: öffentlich Datum: 30.08.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	II	
<u>Fachdienst:</u>	61 - Stadtplanung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Goldhorn, Anstrid	
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg Magistrat	

Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Bebauungsplan Nr. 7/6 "Wassergasse - Schubbelackerweg" in Marburg

- **Bericht über das Ergebnis der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss**
- **Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs.2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehenden Ergebnis geprüft:

- a) Die unter den Nummern 3, 6, 7 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt
- b) Die unter den Nummern 1, 2, 8 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt
- c) Die unter den Nummern 9, 10, 11 angeführten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt
- d) Die unter den Nummern 4 und 5 angeführten Stellungnahmen enthalten lediglich Hinweise für die Ausführungsplanung. Diese werden zur Kenntnis genommen.

Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.

- 2. Der Bebauungsplan Nr. 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ mit Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
- 3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes 7/6 „Wassergasse - Schubbelackerweg“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) beschlossen.

Begründung:

Das Baugebiet befindet sich im östlichen Innenstadtbereich der Universitätsstadt Marburg und umfasst eine Fläche von ca. 1,7 ha. Es wird über ein Verbindungsstück an die öffentliche Verkehrsfläche der Straße „An der Zahlbach“ erschlossen. Das Plangebiet selbst wird in südlicher Richtung durch die unbefestigte Wegeparzelle „Schubbelackerweg“ und in nördlicher Richtung durch die „Wassergasse“ tangiert.

Entlang der Wassergasse existieren bereits mit Einfamilienwohnhäusern bebaute Grundstücke. Durch diese bestehende Bebauung gilt auch auf den, bis vor geraumer Zeit noch als Gartengrundstücke genutzten Parzellen, ein Baurecht nach § 34 BauGB (Bebauung innerhalb der im Zusammenhang bebauter Ortsteile).

Über dieses bestehende Baurecht hinaus wurde und wird mit Nachdruck die Erweiterung des Siedungsrandes in südliche Richtung angestrebt. Zuletzt mit einem Bauantrag aus dem Jahre 2010, der eine Bebauung innerhalb der festgesetzten Grünfläche vorsah. Gegen die veranlasste Zurückstellung, das Aussetzen der Entscheidung über die Zulässigkeit, erfolgte 2011 eine Klage beim Verwaltungsgericht Gießen, das jedoch die Rechtsauffassung der Universitätsstadt Marburg bestätigte. Die daraufhin eingereichte Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof wurde im Juli des Jahres zurückgewiesen.

Eine weitere Ausweitung der Bebauung über das in der vorliegenden Planung gewählte Maß hinaus ist mit der gebotenen städtebaulichen Entwicklung und Ordnung nicht zu vereinbaren. Denn in Übereinstimmung mit den Darstellungen des Landschaftsplanes gilt es, die zusammenhängende unbebaute Fläche in ihrer Klimafunktion (Kaltluftführung) als schützenswerten Grünbestand und Lebensraum zu sichern. Als wirkungsvollstes Instrumentarium, das die Entwicklung des Plangebietes in diesem Sinne steuert, wird die Aufstellung des vorliegenden Bauleitplanes betrachtet.

Aufgrund seiner partiellen Außenbereichslage wird der Bebauungsplan im Regelverfahren aufgestellt. Der vorliegende Umweltbericht kommt zu dem Schluss, dass sich nach der Überprüfung der einschlägigen Schutzgüter keine Anhaltspunkte ergeben, die eine Planumsetzung in Frage stellen. Auch der vorliegende artenschutzrechtliche Fachbeitrag in der Fassung vom Oktober 2010 kommt zu dem Ergebnis, dass der Aufstellung des Bebauungsplanes keine artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegenstehen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2008 gefasst. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 BauGB fand in der Zeit vom 01.12.2009 - 21.12.2009 statt und die Trägebeteiligung nach § 4 Abs.1 BauGB in der Zeit vom 01.12.2009 - 15.01.2010.

Am 28.01.2011 erfolgte die Beschlussfassung für die Offenlage. Danach wurden die Öffentlichkeit, die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 07.03.2011 - 11.04.2011 zur Abgabe ihrer Stellungnahmen aufgefordert.

In der nachfolgenden Gegenüberstellung sind den zu berücksichtigenden Stellungnahmen der Personen und Behörden die entsprechenden Abwägungsvorschläge zugeordnet. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden im Originalumfang eingescannt (siehe Anlagenverwaltung).

Folgekostenabschätzung:

Für die Universitätsstadt Marburg entstehen aufgrund der vorliegenden Bauleitplanung keine Folgekosten.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Beteiligung an der Vorlage durch:

FBL 6	FD 61		

A: Anhörung; B: Beteiligung; K: Kenntnisanahme; S: Stellungnahme

Anlagen

Bebauungsplan mit Begründung und Umweltbericht
Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0499/2011 Status: öffentlich Datum: 01.09.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	II	
<u>Fachdienst:</u>	61 - Stadtplanung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Michelsen, Rose-Linde	
<u>Beratende Gremien:</u>	Magistrat Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Öffentliche Auslegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 5/9 und des Bebauungsplanentwurfs Nr. 5/14 für den Bereich "Östlich der Stadtwaldstraße" im Stadtteil Ockershausen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch der Flächennutzungsplanänderung Nr. 5/9 „Östlich der Stadtwaldstraße“ wird beschlossen.
- Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch des Bebauungsplanentwurfs Nr. 5/14 „Östlich der Stadtwaldstraße“ wird beschlossen.

Begründung:

Der Planbereich liegt im Stadtteil Ockershausen südwestlich des alten Ortskernes. Die Fläche wird im Nordwesten durch die Bebauung entlang der Stadtwaldstraße, im Osten durch den alten Ockershäuser Friedhof und eine daran anschließende Kleingartenanlage und im Südwesten durch den Marburger Stadtwald begrenzt. Der Bereich wird derzeit als Obstwiese genutzt, wobei ein Großteil der noch vorhandenen Obstbäume aufgrund der gegebenen Topographie und der damit verbundenen schwierigen Bewirtschaftungsmöglichkeiten überaltert und abbruchgefährdet sind. Das Plangebiet kann in

zwei Bereiche unterteilt werden. Der größte Teil der Obstwiese ist charakterisiert von einer sehr steilen Hanglage mit z. T. ortsbildprägendem Baumbestand. Ein kleinerer, direkt an die Ortslage grenzender Teilbereich stellt sich als Hangterrasse mit moderater Topographie dar. Der Planungsbereich ist derzeit im Flächennutzungsplan als „landwirtschaftliche Nutzfläche“ dargestellt. Gemäß § 30 Bundesnaturschutzgesetz ist die Fläche als Biotop geschützt.

In den Jahren 2004 bis 2008 wurde unter aktiver Beteiligung des Ortsbeirates und engagierter Bürgerinnen und Bürger für den Stadtteil Ockershausen eine Rahmenplanung erstellt, die im Oktober 2008 von der Stadtverordnetenversammlung als Planungsgrundlage beschlossen wurde.

Ein zentrales Thema war die künftige Siedlungsentwicklung des Stadtteiles. Grundsätzlich kommt die Rahmenplanung zu dem Ergebnis, dass die weitere Siedlungsentwicklung von Ockershausen, bis auf kleinere Arrondierungsflächen, hauptsächlich im Innenbereich stattfinden sollte. Auch der Planbereich „Östlich der Stadtwaldstraße“ wurde auf eine Eignung als potentielle Baufläche untersucht. Nach fachlicher Einschätzung ist der größte Teil der bestehenden Obstwiese aufgrund seiner orts- und landschaftsbildprägenden Wirkung und seiner Funktion für den Naturhaushalt von Bebauung freizuhalten. Auf dem an die Ortslage grenzenden Teilbereich kann, so die Aussagen der Rahmenplanung, aufgrund der gegebenen Geländesituation und der guten Anbindungsmöglichkeit an die Stadtwaldstraße eine angepasste Bebauung als Arrondierung der Siedlungsfläche zugelassen werden. Insgesamt wurden lediglich drei kleinere Arrondierungsflächen in die Rahmenplanung aufgenommen.

Ein erster Antrag auf Erschließung und Bebauung der Fläche wurde bereits 2004 gestellt, allerdings in Abstimmung mit dem Antragsteller bis nach Abschluss der Rahmenplanung zurückgestellt. Dieser erste Antrag sah eine Bebauung bis weit in die orts- und landschaftsbildprägende Obstwiese vor, die gemäß des Ergebnisses der Rahmenplanung dann entsprechend reduziert wurde.

Nach einer erneuten Antragstellung wurde am 19. Dezember 2008 von der Stadtverordnetenversammlung der Aufstellungsbeschluss zur Durchführung eines Bauleitplanverfahrens gefasst. Um die Stadt von den Kosten für Planerarbeitung und Erschließung freizustellen, wurde die Erarbeitung des Bebauungsplanes und die Erschließung über städtebaulichen Vertrag gem. § 11 Baugesetzbuch an einen Vorhabenträger übertragen.

Als planerisches Ziel wurden im Aufstellungsbeschluss eine angepasste Baulandentwicklung gemäß den Vorgaben der Rahmenplanung sowie der dauerhafte Erhalt und die Pflege des anschließenden landschaftsökologisch wertvollen Hangbereiches festgelegt.

Dem Aufstellungsbeschluss beigelegt war ein erster städtebaulicher Vorentwurf, in dem eine Bebauung mit insgesamt zwei Doppelhäusern und fünf freistehenden Wohnhäusern vorgesehen war.

Der aktuelle Entwurf sieht eine Bebauung von 7 freistehenden Wohnhäusern auf der in der Rahmenplanung definierten Baufläche vor. Im Mai/Juni 2011 ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitige Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt worden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden verschiedene Stellungnahmen vorgebracht, die zu einer teilweisen Überarbeitung und Konkretisierung der Planung beigetragen haben.

Die Obere Landesplanungsbehörde des Regierungspräsidiums Gießen äußerte Bedenken gegen die Planung, da der Planbereich nicht im Regionalplan als „Vorrangfläche Siedlung Bestand oder Zuwachs“ ausgewiesen ist und zudem überprüft werden sollte, ob der hier geplante Siedlungszuwachs nicht auch an anderer Stelle im Innenbereich z.B. durch Nachverdichtung nachzuweisen sei.

Es fand ein Gespräch mit der Oberen Landesbehörde statt, in dem die der Planung entgegengehaltenen Punkte besprochen wurden. Es bestand Übereinstimmung darin, dass

aufgrund der Lage der geplanten Gebäude zwischen vorhandener Bebauung und dem Friedhof in der Planung weniger eine neue Siedlungsfläche als eine Arrondierung zu sehen ist. Da sich die neue Bebauung direkt an die Vorhandene anschließt und nicht in eine bis dato unberührte Landschaft hineinragt, ist auch eine Zersiedlungstendenz durch die vorgesehene Bebauung nicht gegeben.

In der Begründung zum Bebauungsplan wird unter 3.1 „Regionalplan“ ausführlich zu diesem Punkt Stellung genommen.

Von der Unteren Naturschutzbehörde wurden verschiedene Hinweise zur Überarbeitung des in 2010 erarbeiteten Artenschutzgutachtens, zu weiteren vertiefenden Untersuchungen und zur Festlegung und Konkretisierung von Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen gegeben.

Die Überarbeitung der Planung erfolgte in enger Abstimmung mit der UNB; die Hinweise wurden aufgenommen und in die nun vorliegende Planung einbezogen.

Von Seiten der direkten Anlieger wurden Bedenken gegen die Bebauung der Obstwiese vorgebracht. Vor allem wurden Sorgen über die Höhe und Dichte der geplanten Gebäude geäußert. Auch wurde darauf hingewiesen, dass im städtebaulichen Entwurf zum Bebauungsplan statt der als Größenordnung in der Rahmenplanung genannten 4-5 Gebäude nun 7 Gebäude geplant sind.

Der Ortsbeirat von Ockershausen hat in seiner ersten Stellungnahme ebenfalls auf diese Punkte hingewiesen und trotz Zustimmung zur Planung dahingehend Bedenken geäußert. Die Bedenken bezüglich der Anzahl der Gebäude wurden jedoch nach nochmaliger Erläuterung und Behandlung der Planung im Ortsbeirat zurückgenommen.

In den Bebauungsplanentwurf wurden u. a. Höhenbegrenzungen für die neuen Gebäude aufgenommen, um eine Einfügung in die Umgebung und vorhandene Bebauung sicherzustellen. Dies wird auch anhand von Schnitten durch die geplante und vorhandene Bebauung verdeutlicht, die in die Begründung zum B-Plan aufgenommen wurden.

Neben der in der Rahmenplanung genannten Größenordnung für die Anzahl neuer Gebäude wurde vor allem gemeinsam eine Fläche definiert, auf der eine Baugebietsausweisung möglich ist. Die im Bebauungsplan festgesetzte Bauzone entspricht diesen Vorgaben.

Um die sensiblen Bereiche im Plangebiet zu schützen, hier u. a. auch die Hangbereiche zum Friedhof und zur Bebauung Stadtwaldstraße, wurde eine Einzelhausbebauung konzipiert, die auf der vorhandenen Hangterrasse direkt an die künftige Erschließungsstraße anschließt. Dadurch werden die einzelnen Hausgrundstücke relativ schmal und die zur Verfügung stehende Baufläche wird optimal genutzt. Dies ist auch erforderlich, da aufgrund der nicht günstigen Untergrundverhältnisse eine sehr aufwändige Erschließung und Gründung der Gebäude vorgenommen werden muss.

Das vorliegende Gestaltungskonzept sieht, bis auf ein Grundstück in privater Hand, eine Bebauung nach einem einheitlichen Grundprinzip vor, dass im Einzelnen jeweils individuell in Größe und Form ausgestaltet wird. Geplant sind freistehende Einzelgebäude mit Flach- oder Pultdächern, die sich von Gestaltung und Höhenentwicklung her harmonisch in die umgebende Geländestruktur und die umgebende Bebauung einpassen. Die Gebäude sollen als Energie-Effizienzhäuser in Holzständerbauweise realisiert werden, die Wärmeversorgung erfolgt durch Nutzung von Erd- und Luftwärmepumpen. Zusätzlich wird aufgrund der guten Eignung des Gebietes die Nutzung solarer Energie vorgesehen und festgeschrieben.

Der Gestaltungsbeirat hat das vorgestellte Neubaukonzept auf seiner Sitzung am 21.06. zustimmend zur Kenntnis genommen.

Da die Erstellung der Planung und die künftige Erschließung des Baugebietes über einen städtebaulichen Vertrag gem. § 11 Baugesetzbuch an einen Vorhabenträger weitergegeben werden, entstehen der Universitätsstadt Marburg durch die vorliegende Planung keine Folgekosten.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Beteiligung an der Vorlage durch:

FBL 6	FD 61		

A: Anhörung; B: Beteiligung; K: Kenntnisnahme; S: Stellungnahme

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0518/2011 Status: öffentlich Datum: 07.09.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	II	
<u>Fachdienst:</u>	61 - Stadtplanung	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Michelsen, Rose-Linde	
<u>Beratende Gremien:</u>	Stadtverordnetenversammlung Marburg Magistrat Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	

Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Veränderungssperre im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes 24/7 Marbach

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Für den im Übersichtsplan festgelegten Geltungsbereich wird gemäß § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) eine Veränderungssperre mit folgendem Inhalt beschlossen:

§ 1

Anordnung und räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre

Zur Sicherung der im Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 24/7 Marbach festgelegten Ziele wird für den im Übersichtsplan dargestellten Geltungsbereich „Am Hasenküppel“ im Stadtteil Marbach eine Veränderungssperre angeordnet.

§ 2

Inhalt und Rechtswirkung der Veränderungssperre

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen gem. § 14 Abs.1 BauGB:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;

2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, vorgenommen werden.

Wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann gem. § 14 Abs.2 BauGB von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden gem. § 14 Abs.3 BauGB von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 3 In-Kraft-Treten

Die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. (§ 16 Abs. 2 BauGB)

§ 4 Geltungsdauer

Die Veränderungssperre tritt ein Jahr nach öffentlicher Bekanntmachung außer Kraft, wenn sie nicht vorher verlängert wird. (§ 17 Abs.1 und 2 BauGB)

Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald die Bauleitplanung rechtsverbindlich abgeschlossen ist. (§ 17 Abs.5 BauGB)

Begründung:

Die Veränderungssperre wird erforderlich, um die Zielsetzungen des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes 24/7 für den Stadtteil Marbach zu sichern und unerwünschte städtebauliche Entwicklungen zu verhindern.

Auf Grundlage der im Sommer 2001 beschlossenen Rahmenplanung für den Stadtteil Marbach wurde am 21. Dezember 2001 ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 24/7 „Marbach“ von der Stadtverordnetenversammlung gefasst.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 15. Februar 2002 in der örtlichen Presse öffentlich bekanntgemacht.

Ziele des o. g. Bebauungsplanes sind in erster Linie der Erhalt und der Schutz der charakteristischen Grünzonen, die sich auf den rückwärtigen, oftmals steilen Grundstücksfreiflächen entwickelt haben.

In der Begründung zum Aufstellungsbeschluss wird auf die Rahmenplanung verwiesen, in der deutlich gemacht wird, dass der Stadtteil aufgrund der relativ hohen städtebaulichen Dichte und im Hinblick auf das bestehende Straßen- und Kanalnetz im bebauten Bereich keine nennenswerte Nachverdichtung erfahren sollte. Gerade die Gebiete rund um den Hasenküppel laufen Gefahr, so die Rahmenplanung, sich durch allzu massive bauliche Begehrlichkeiten zukünftig in eine nicht mehr verträgliche Siedlungsstruktur zu wandeln. Hervorgehoben wird auch die Bedeutung des Schutzes und der Vernetzung vorhandener grünräumlicher Strukturen („ökologische Trittsteine“), die von ortsbildprägender Bedeutung sind und denen ein hoher Naturschutzwert zugeordnet wird.

Im Rahmen des aufzustellenden Bebauungsplanes 24/7 wurde 2004 ein Grünordnungsplan erarbeitet, um die Wertigkeiten der vorhandenen Grünstrukturen für den Naturhaushalt zu

ermitteln und damit eine Grundlage für die künftig von Bebauung freizuhaltenden Bereiche zu erhalten.

Im Bereich der Veränderungssperre befinden sich neben einzelnen Ziergärten in erster Linie Gehölzstrukturen der höchsten ökologischen Wertstufe. Im Grünordnungsplan werden diese Standorte folgendermaßen beschrieben: *„Es handelt sich um überwiegend großflächige Baumstrauchgehölze ..., welche als ältere gepflanzte, oft waldartig entwickelte Gehölzbestände ausgebildet sind. Sie kommen wohngrundstücksübergreifend, an Straßenböschungen oder auf unbebauten Flächen vor. Die Gehölze weisen eine hohe Artensättigung und einen vorherrschend mehrschichtigen, gut strukturierten Bestandsaufbau mit markanten Altbäumen, Totholzanteilen, epiphytischem Bewuchs und Baumhöhlen auf.“* Als Erhaltungs- und Pflegeziel für diese Biotopstruktur wird empfohlen, die Gehölzstandorte bei Überplanung der Baugrundstücke soweit es geht zu erhalten und im Falle der notwendigen Entfernung einzelner Bäume Neuanpflanzungen vorzunehmen. Zur Verdeutlichung der hohen ökologischen Wertigkeit wurde der Geltungsbereich der Veränderungssperre auf den Grünordnungsplan übertragen und der Vorlage als Anlage beigelegt.

Ende 2010 wurde eine Bauvoranfrage über einen Wohnhausneubau im Bereich Am Hasenküppel/Am Martsacker gestellt, der einen massiven Eingriff in die ökologisch hochwertige Gehölzfläche zur Folge gehabt hätte. Zur Sicherung der Planungsziele wurde zunächst das beantragte Bauvorhaben gemäß § 15 Baugesetzbuch ein Jahr zurückgestellt. Parallel wurden Gespräche mit den Antragstellern geführt um eine Möglichkeit zu finden, einen Wohnhausneubau bei weitestgehendem Erhalt der Gehölzfläche zu ermöglichen. Die Eigentümer zeigten sich zwar kompromissbereit, letztendlich wurde jedoch auf städtischer Seite der Erhalt der gesamten Grünfläche so hoch bewertet, dass eine weitere Bebauung dieses Bereiches völlig ausgeschlossen werden soll.

Da nach jetzigem Planungsrecht ein Bauvorhaben nicht verhindert werden kann, ist die Weiterführung des mit Aufstellungsbeschluss vom 21. Dezember 2001 begonnenen Bauleitplanverfahrens erforderlich. Der ca. 70 ha große Geltungsbereich des Bebauungsplanes 24/7 Marbach bezieht sich auf nahezu den ganzen Stadtteil, da unerwünschte Nachverdichtungen an verschiedenen Standorten in Marbach zu befürchten waren. Der Aufstellungsbeschluss sollte als Sicherungsinstrumentarium dienen, um die rechtliche Möglichkeit zu haben, städtebauliche Fehlentwicklungen durch Zurückstellung von Bauvorhaben oder dem Erlass einer Veränderungssperre verhindern zu können.

Der Geltungsbereich der Veränderungssperre bezieht sich daher lediglich auf einen kleinen Teilbereich des damaligen Aufstellungsbeschlusses. Die Abgrenzung der Veränderungssperre wurde so gewählt, dass zum einen das beantragte Bauvorhaben verhindert, zum anderen aber der gesamte ökologisch hochwertige Gehölzstandort in die Planung einbezogen und über den für diesen Bereich weiter zu entwickelnden Bebauungsplan geschützt werden kann.

Die einjährige Zurückstellung des beantragten Bauvorhabens läuft Anfang November 2011 aus. Zur Sicherung der Planungsziele muss eine Veränderungssperre noch vor Ablauf der Zurückstellung erlassen werden, da ansonsten eine Überbauung und Beseitigung der ökologisch hochwertigen Gehölzstruktur nicht verhindert werden kann.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Anlage

Beteiligung an der Vorlage durch:

FBL 6	FD 61		

A: Anhörung; B: Beteiligung; K: Kenntnisnahme; S: Stellungnahme

Antrag der Fraktion FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0346/2011 öffentlich 21.06.2011 21.06.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der FDP-Fraktion betr. Verkehrssicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die mangelhafte Verkehrssicherheit durch fehlende oder irritierende Fahrbahn-Markierungen zu beseitigen.

Begründung:

Fahrbahn-Markierungen sollen nicht nur die Orientierung verbessern, sondern vor allem den Verkehrsfluss eindeutig und sicher führen.

An vielen Stellen der innerstädtischen Straßen sind die Fahrbahnmarkierungen nicht mehr vorhanden, schlecht zu erkennen oder durch mangelhafte Entfernung und Überpinselungen irreführend. Dies gilt für Leit- und Halte-Linien aber leider auch für Fußgänger-Überwege (Zebrastreifen).

Hierdurch leidet nicht nur die Verkehrs- sondern auch die Rechtssicherheit erheblich. Im Schadensfall könnte die Stadt kaum nachweisen, dass dieser Unfall nicht durch die irritierenden Verkehrszeichen beeinflusst war.

**Wilfried Wüst
Torsten Sawalies**

Antrag der Fraktion FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0347/2011 öffentlich 21.06.2011 21.06.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der FDP-Fraktion betr. Glas-Container

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert die Glas-Container von der Bushaltstelle „Großseelheimer-Str.“ zu trennen.

Begründung:

Das Recyceln von Glas ist unbestritten sinnvoll für die Umwelt und benötigt entsprechende Behältnisse.

Umwelt im wahrsten Sinn des Wortes ist der Platz im Bereich einer Bushaltstelle. Hier einen „Müll-Platz“ zu errichten ist eine Zumutung für jeden Nutzer des ÖPNV, insbesondere wenn diese Haltestelle auch von Schülern genutzt wird.

Dies gilt besonders in Zeiten, wo wir vermehrt über Hygiene reden.

Vielleicht sollte man auch die Stadtwerke auffordern, mehr auf die Sauberkeit ihrer Betriebseinrichtung zu achten.

**Wilfried Wüst
Torsten Sawalies**

Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0460/2011 öffentlich 25.08.2011	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Stadtverordnetenversammlung Marburg Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr		

Antrag der MBL-Fraktion betrifft Bundeswasserstrasse Lahn

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert den Magistrat auf, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um den Erhalt der Lahn als Bundeswasserstraße zu gewährleisten.

Begründung:

Aktuell droht die Schließung der Lahn als Bundeswasserstraße, weil Wasserstraßen mit geringer Transportnachfrage zum Randnetz bzw. zu den Restwasserstraßen gehören. Im Bereich der Randnetze sollen die Unterhaltung und der Betrieb der Wasserstraße eingestellt werden. Dies bedeutet das finanzielle Ende für Vereine, Restaurants und andere Unternehmen. Arbeitsplätze gehen verloren.

Die Lahn ist durch Wehre gestaut. Schleusen garantieren eine durchgängige Schifffahrt bis zum Rhein.

Schränkt man die Unterhaltung der Lahn wirklich ein, verschlammt das Flussbett. Die Folge sind Hochwasser, die für die Anwohner höchst bedrohlich sind. Schon jetzt bekommen die Gemeinden an der Lahn das zu spüren, weil bereits in den letzten Jahren nicht mehr oder nur wenig durch das Wasser- und Schifffahrtsamt ausgebaggert wurde.

Renaturiert man die Lahn, öffnet man beispielsweise die Wehre, verkommt die Lahn zu einem Bach. Das Grundwasser wird den Ufern bis hoch in die Berge entzogen. Die Region trocknet aus. Der Lebensraum vieler Tiere verschwindet. Gebäude sinken ab und werden dadurch beschädigt. Die Wasserkraftwerke liefern keinen umweltfreundlichen Strom mehr.

Die Lahn muss eine Bundeswasserstraße bleiben! Die gesetzlich vorgeschriebene Betriebssicherheit muss weiter gewährleistet sein, damit der besondere Reiz der Lahn, ihr touristischer Stellenwert und ihre bedeutende Wirtschaftskraft erhalten bleiben.

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg muss, unterstützt durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, ein deutliches Zeichen setzen für den Erhalt der Lahn als Bundeswasserstraße.

Dr. Hermann Uchtmann

Reinhold Becker

Nicht eingefügtes Dokument

Die Datei 'S:\MSACCESS\ALLRIS\SPOOL\UA\110920\pdf\09t110000ovo.doc' liegt in einem nicht verarbeitbaren Format vor und konnte nicht in das Dokument eingefügt werden.

Hinweis: Sie können die Datei manuell zu einem PDF Dokument konvertieren und mit Hilfe des Adobe Acrobat Writer in das Dokument einfügen.